

Der Pakt der Zweifel und Fehler

Das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei spiegelt die Schwäche Europas wider

Markus Bernath

Gemessen an den Zahlen ist es ein Reinfluss. Gemessen am Hochmut und an den erpresserischen Drohungen, die der türkische Präsident an den Tag legt, ein enormer politischer Fehler. Gemessen an der Nachlässigkeit schließlich, mit der es verfolgt wird, an der Planlosigkeit, die ihm in Wahrheit zugrunde lag, ist das Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei ein tiefes Unrecht an den betroffenen Menschen. Doch falls es ein Trost ist: Dieses Abkommen ist noch das Beste, was Europa eben zustande bringt.

Der Menschenhandel, den die EU mit der nationalistisch-islamistischen Führung in Ankara vor neun Monaten schloss, war eine Schnittmenge: zwischen der Abschottungspolitik der Mitteleuropäer, die angesichts der Massenaufnahme von Flüchtlingen Angst vor ihrem eigenen Mut bekommen haben; dem Egoismus der Osteuropäer von Bulgarien bis Polen, die vergessen haben, dass ihre Grenzen 1989 nicht nur für sie allein aufgegangen sind; der gewählt autoritär regierten Türkei von Tayyip Erdogan, die nach Anerkennung dürstet und nach Wiedergutmachung für – so empfundene – jahrzehntelange Erniedrigungen durch die Europäer. Kann ein Abkommen für drei Millionen oder mehr Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlinge auf einer solchen Basis funktionieren?

Es hat die Schlepper in der Türkei arbeitslos gemacht und die Zahl der lebensgefährlichen Überfahrten in Schlauchbooten zu den griechischen Inseln drastisch gestützt. Das ist schon sehr viel.

Doch wie soll es nun weitergehen? 11.000 Flüchtlinge sind auf den griechischen Inseln in der Ostägäis interniert. Lässt Erdogan das Abkommen mit den Europäern platzen, können es – je nach Wind und Wetter – binnen eines Monats schon fünfmal mehr Menschen sein, die auf den Inseln stranden. Der größte Teil der Flüchtlingsbevölkerung in der Türkei will weg.

Für Griechenland sind die derzeit insgesamt mehr als 60.000 Flüchtlinge auf dem Festland und auf den Inseln schon eine Belastung, mit der es kaum zurande kommt. Einen steten Fluss von hunderten tausenden neuen Flüchtlingen aufzunehmen, scheint unter diesen Umständen völlig illusorisch. Die Regierung in Athen will gar nicht erst darüber nachdenken.

Der nun geplante Neustart des Dublin-Abkommens und die Rücknahme von Flüchtlingen aus der EU ab März kommenden Jahres erscheinen ebenso unrealistisch: Athen wie Rom akzeptieren die Ratio nicht mehr, wonach EU-Mitgliedstaaten, die am Rand der Union liegen, allein das Problem mit ankommenden Flüchtlingen schultern sollen, während sich die EU-Staaten in der Mitte oder im Norden zurücklehnen.

Der Verschiebemechanismus für Flüchtlinge läuft jetzt schon außerordentlich langsam: Nur rund 8000 syrische Kriegsflüchtlinge sind bisher aus

Griechenland und Italien über die EU verteilt worden; 160.000 hatte die Mehrheit der EU-Regierungen verabredet. Lediglich 2700 Syrer sind aus der Türkei gemäß dem Flüchtlingsabkommen bisher in die EU umgesiedelt worden. Weniger als 800 Migranten wurden von den griechischen Inseln wieder in die Türkei abgeschoben. Engpässe beim Personal in den Asylverfahren sind dafür verantwortlich. Aber auch die Zweifel an der Türkei.

Ankara pocht auf das Ende des Visazwangs ohne weitere Bedingungen. Das Flüchtlingsabkommen – so schlecht es ist – wankt deshalb jetzt.

KOPF DES TAGES

Leugner des Klimawandels soll Klima retten



Scott Pruitt soll künftig in Donald Trumps Sinn die US-Umweltbehörde leiten.

Foto: AFP

Bei Amerikas Umweltschützern läuten die Alarmglocken: Ausgerechnet jemand, der den von Menschen verursachten Klimawandel glatt leugnet, soll die Leitung der Umweltschutzbehörde EPA (Environmental Protection Agency) übernehmen: der 48-jährige Republikaner Scott Pruitt. Bisher Justizminister von Oklahoma, gehört Pruitt zu einer Gruppe von Vertretern aus 28 US-Bundesstaaten, die gegen die EPA klagen. Das Ziel: den „Clean Power Plan“ der Obama-Regierung zu stoppen.

Für viele ist die Nominierung des im Bundesstaat Kentucky geborenen Absolventen der juristischen Hochschule in Tulsa, Oklahoma, eine Kampfansage an die bisherige Klimaschutzpolitik. Dem Lobpreis von Trumps Sprecherin Kellyanne Conway, Pruitt verfüge über „großartige Qualifikationen und Erfahrung“, können Klimaschützer nichts abgewinnen: „Es ist, wie wenn man einen Pyromanen damit beauftragen würde, Brände zu löschen“, sagt etwa Michael Brune, Direktor des Sierra Clubs, der ältesten und größten US-Naturschutzorganisation.

Und Trip Van Noppen von der Non-Profit-Organisation Earthjustice sekundiert: „Wer nicht an wissenschaftliche Forschung glaubt, der ist völlig unqualifiziert dafür, die maßgebliche

Bundesbehörde zu leiten, die sich genau damit beschäftigt.“ Auch andere Umweltschutzgruppen sehen in Pruitt, der 1998 nach fünfjähriger Tätigkeit als Rechtsanwalt in die Politik wechselte, eine Marionette der Kohle- und Ölindustrie.

Er selbst sagt von sich, vom Wunsch getrieben zu sein, die Politik des Weißen Hauses zu beenden, immer mehr jene Macht an sich zu reißen, die eigentlich den Bundesstaaten zustehe. Auf seiner eigenen Website zählt er mehrere solcher „Usurpationen“ auf: das Gesundheitssystem Obamacare, die US-Migrationspolitik und – last, but not least – das „unberechtigte Eindringen

der EPA in die Besitzrechte“ von Unternehmen. Man darf davon ausgehen, dass Pruitt, wenn er erst einmal EPA-Chef ist, darauf aus sein wird, die eigene Behörde gehörig zu schwächen.

Dass sich Pruitt – der sich gern als „family man“ (Ehefrau, Tochter, Sohn, Golden Retriever) und Baseballficionado inszeniert – nicht gern von seinem Weg abbringen lässt, zeigt eine Begebenheit aus dem Jahr 2013: Obwohl Oklahomas Gnadenausschuss um die Aufhebung einer Hinrichtung ersucht hatte, lehnte dies der Justizminister kurzerhand ab: Der Verurteilte verdiene „weder Mitleid noch Milde“.

Gianluca Wallisch